

## **Erst 15 Prozent wenden neue Rechtschreibung an**

Erst 15 Prozent der Österreicher wenden die neuen Rechtschreibregeln an. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der "Reform-Schreiber" aber um immerhin 13 Prozentpunkte gestiegen.

Das geht aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM hervor, das dazu 500 Personen befragte.

### **55 Prozent wollen nicht umstellen**

28 Prozent (2000: 24 Prozent) der Befragten wollen in Zukunft auf die neue Rechtschreibung umstellen. 55 Prozent (2000: 63 Prozent) haben allerdings vor, weiterhin die alte Schreibweise beizubehalten.

### **Leichter Anstieg der Akzeptanz**

Gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist die Akzeptanz der neuen Rechtschreibregeln. Zwar hielten nur 14 Prozent die Reform "für eine gute Sache", während 57 Prozent die neuen Regeln "weniger gut" fanden.

Vor einem Jahr lehnten allerdings noch 69 Prozent die Reform ab, lediglich sieben Prozent gaben sich damals als Befürworter zu erkennen. Von 15 auf 26 Prozent stark gestiegen ist die Zahl jener, denen die Reform egal ist.

### **Wird sich neue Rechtschreibung durchsetzen?**

Wie im Vorjahr unentschieden sind die Österreicher in der Frage der Zukunft der neuen Rechtschreibung. 48 Prozent (2000: 46 Prozent) glauben, daß sich die neuen Regeln durchsetzen werden, während 45 Prozent (2000: 42 Prozent) einen nicht einheitlichen Gebrauch der Rechtschreibung befürchten.

### **Uneinheitlicher Gebrauch**

Die Befürchtung einer nicht einheitlichen Rechtschreibung führt OGM-Experte Peter Hajek auf den uneinheitlichen Gebrauch im Alltag zurück. So würden etwa die verschiedenen Zeitungen die Regeln nicht einheitlich anwenden, außerdem würden Amts- und Geschäftssprache differieren.

### **Nächste Generation wird neu-rechtschreiben**

Als "Garant" für eine künftig einheitliche Rechtschreibung sieht Hajek aber die kommenden Generationen, die in der Schule schon die neuen Regeln vermittelt bekommen. Allerdings würde die Umstellung noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern.

Artikel erschienen in Science ORF.at von APA am 10. August 2001